



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 60 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

Landesregierung will nur Lärmschutz, der nichts kostet

Das Bündnis der Bürgerinitiativen schließt aus den Ergebnissen des 2. Fluglärmgipfels, dass die Landesregierung faule Kompromisse mit der Luftfahrt schließen und nur Maßnahmen ergreifen will, denen die Luftfahrtwirtschaft zustimmt. Es ist weiterhin keine Rede davon, dass man die Lärmbelastung minimieren will. Das Anti-Lärm-Paket aus der Mediation wird immer noch nicht umgesetzt.

Bis zum 18.7.2008 hätte die gesetzlich geforderte Lärminderungsplanung erfolgen müssen. In einem Verfahren, in dem auch die Bürger Vorschläge einbringen und Stellung beziehen können. Diese Aufgabe schiebt die Landesregierung weiterhin vor sich her. Passiver Schallschutz hätte vor Inbetriebnahme der Landebahn realisiert sein müssen; Betroffene ungeschützt einer enormen Lärmbelastung auszusetzen, erfüllt den Straftatbestand der Körperverletzung.

Gerade für die besonders Belasteten sind Möglichkeiten der Verbesserung der Flugverfahren kaum gegeben. Und dies betrifft nicht nur Betroffene im Nahbereich des Flughafens; hoch ist auch die Belastung im Zwischenanflugbereich in Rheinhessen, im Kinzigtal und im Spessart. Diese Belastung wurde jedoch im Planfeststellungsverfahren nicht ermittelt. In den letzten Tagen stellen Betroffene anhand von Flugspuraufzeichnungen zudem fest, dass in vielen Fällen der Zwischenanflug nicht in der veröffentlichten Höhe, sondern 500 ft niedriger erfolgt, verbunden mit noch mehr Lärm.

Auch wurden in den letzten Tagen verspätete Starts genehmigt, obwohl die Verspätungen darauf zurückzuführen waren, dass die Fluggesellschaften mehr Starts durchführten als es die Kapazität des Flughafen nach der windbedingten Sperrung der Startbahn West zuließ. Es wurde damit deutlich, dass die verlässliche Kapazität des Flughafens durch die Nordbahn nicht gesteigert wurde.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen sieht eine Schließung der Nordbahn, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine Deckelung der Flugbewegungszahl auf 380000 als alternativlos an, um Prosperität, Wohlstand und Wohlbefinden der Bürger und damit auch ihre Identifikation mit der staatlichen Ordnung zu sichern. In Zeiten sich abzeichnenden Fachkräftemangels zeugt es von wenig Weitsicht, auf Wachstum einer Branche mit schlechten Arbeitsbedingungen und geringen Löhnen zu setzen; geboten ist vielmehr die Qualifizierung möglichst aller Menschen für Tätigkeiten, die einen zumindest bescheidenen Wohlstand ermöglichen.

Das Bündnis ruft weiterhin zur Teilnahme an den angemeldeten Montagsdemonstrationen jeweils um 18 Uhr im Terminal 1 auf.

Berthold Fuld
Sprecher

Anlage

Profil eines Anflug auf die Südbahn; der Zwischenanflug erfolgte über 30 km in einer Höhe von 3500 ft. Die veröffentlichte Höhe beträgt 4000 ft.

